

Inselstreit zwischen Japan und China gefährdet die regionale Stabilität in Ostasien

Oliver Müser, Anna Yumi Pohl und Nadine Godehardt

Im September 2012 kaufte die japanische Regierung Teile der zwischen China und Japan umstrittenen Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe von seinen privaten Besitzern. Dies löste eine heftige Krise in den Beziehungen der beiden Staaten aus und droht die ganze Region zu destabilisieren.

Analyse

Die Inselgruppe ist aus wirtschaftlichen und strategischen Erwägungen interessant. In ihrem Umfeld liegen große Öl- und Gasreserven sowie reiche Fischgründe, ihre Lage ermöglicht die Kontrolle wichtiger Schifffahrtswege. Seine Explosivität zieht der Konflikt jedoch aus dem historisch belasteten Verhältnis zwischen China und Japan, an dem sich insbesondere der auf chinesischer Seite anwachsende Nationalismus immer wieder entzündet. Dieser nationalistische Druck auf beiden Seiten erklärt, warum sowohl die chinesische als auch die japanische Führung im Streit um die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe nicht nachgeben können.

- Weiter erschwert wird die Schlichtung des Konflikts durch den Führungswechsel in China und die Unterhauswahlen in Japan. Statt die Proteste zu beruhigen, müssen die Führungen beider Staaten innenpolitisch Stärke demonstrieren.
- Die USA ermutigen mit ihrer Entscheidung, verstärkt militärisch im Pazifikraum aufzutreten, indirekt ihren Verbündeten Japan und provozieren gleichzeitig China. Die chinesische Führung fühlt sich durch die US-amerikanische Politik des „Pivot to the Pacific“ („zum Pazifik umschwenken“) in ihrem Handlungsspielraum in Ostasien zunehmend eingeschränkt.
- Neben dem Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe bestehen zahlreiche weitere maritime Territorialdispute in Ost- und Südostasien. Die Region ist also nicht nur als Zentrum der Weltwirtschaft von äußerster Wichtigkeit, sondern wird immer mehr auch zur sicherheitspolitischen Hauptbühne des 21. Jahrhunderts. Sie darf daher von der EU nicht vernachlässigt werden, die vielmehr eine vermittelnde Rolle spielen kann.

Schlagwörter: China, Japan, Territorialkonflikt, Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe

Konfliktherd Chinesisches Meer

Das Jahr 2012 markiert einen Höhepunkt der Zwischenfälle um maritime Gebietsansprüche im Chinesischen Meer, in dem es neben dem Diaoyu/Senkaku-Konflikt eine Vielzahl von ungelösten Territorialansprüchen gibt, darunter den Konflikt um die Südkurilen zwischen Japan und Russland, Streitigkeiten über mehrere Felsgruppen rund um die koreanische Halbinsel und ganz besonders die Territorialdispute im Südchinesischen Meer. Die Ereignisse der letzten Monate zeigen, dass hierbei ein großes Eskalationsrisiko vom Konflikt zwischen China und Vietnam um die Paracel-Inseln, den von sechs Staaten der Region beanspruchten Spratly-Inseln sowie dem chinesisch-philippinischen Disput um das Scarborough-Riff ausgeht.

Der Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe im Ostchinesischen Meer zwischen China und Japan ist somit nur ein Konfliktherd von vielen.¹ Bei aller Gefahr, die von den anderen Konflikten im Chinesischen Meer ausgeht, verdient der Konflikt zwischen der zweit- und drittgrößten Volkswirtschaft der Welt besondere Aufmerksamkeit. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Zwischenfällen zwischen beiden Staaten, so zum Beispiel auch im September 2010, als ein chinesisches Fischerboot mit zwei japanischen Schiffen der Küstenwache vor der Inselgruppe kollidierte und die Freilassung des chinesischen Kapitäns zu einer diplomatischen Auseinandersetzung auf höchster Ebene führte.

Die Diaoyu/Senkaku-Inseln liegen auf etwa halber Strecke zwischen der chinesischen Küste und dem südjapanischen Okinawa. Mit Ausnahme der amerikanischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1971) werden die Inseln seit dem Jahr 1895 von Japan verwaltet. Wie Japan allerdings im Jahr 1895 in den Besitz der Inseln kam, darüber gehen die Meinungen in Beijing und Tokyo auseinander. Japan behauptet, die Inselgruppe unbewohnt und unbeanspruch (terra nullius) vorgefunden und daraufhin seinem Territorium angegliedert zu haben (Okuhara 1971). China hingegen besteht darauf, die Inseln bereits im 14. Jahrhundert entdeckt und seit dem 16. Jahrhundert nachweislich in seine maritimen Verteidigungsstruk-

turen integriert zu haben. Die Inseln seien dann im Jahr 1895 nach dem Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg zusammen mit Taiwan an Japan abgetreten worden und hätten nach Beijings Auffassung im Rahmen des Vertrags von San Francisco im Jahr 1951 zusammen mit Taiwan an China zurückgegeben werden müssen. Allerdings hat China erst im Jahr 1971 offiziell seinen Anspruch auf die Inselgruppe angemeldet. Japan wirft China deshalb vor, sich erst ernsthaft für die Inseln interessiert zu haben, als im Jahr 1968 erste Studien Energieresourcen im Umfeld der Diaoyu/Senkaku-Inseln vermuteten (Lee 2002). Der Zeitpunkt dürfte aber auch mit der ebenfalls im Jahr 1971 im Okinawa Reversion Agreement erfolgten Rückgabe der Okinawa-Inseln von den USA an Japan zusammenhängen. Japan interpretierte dieses Abkommen so, dass auch die Diaoyu/Senkaku-Inseln darin inbegriffen seien. Bis heute beharren sowohl China als auch Japan auf ihrer Sichtweise und beanspruchen jeweils die Souveränität über die Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe.

Anlass für die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen China und Japan

In China wurde die Entscheidung der japanischen Regierung, Teile der Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe zu kaufen, als eine deutliche Provokation wahrgenommen. Immer wieder wurde sowohl von offizieller Seite, zum Beispiel vom chinesischen Außenministerium, als auch in den chinesischen Medien der Regierung Nodas die Absicht der „Nationalisierung“ vorgeworfen. China ist der Ansicht, dass Japan mit dem Kauf der Inseln beabsichtigt, territoriale Tatsachen im Ostchinesischen Meer zu schaffen. Der Kauf glich einem politischen Affront, der zu einer Welle von Protesten in chinesischen Großstädten, zu unzähligen Kommentaren in chinesischen Tageszeitungen und zu Diskussionssendungen im chinesischen Fernsehen führte. Was hierbei jedoch in den Hintergrund gerät, ist der eigentliche Grund, warum sich Premierminister Yoshihiko Noda überhaupt erst dafür entschied, die Inseln zu erwerben: die innenpolitisch angespannte Situation in Japan.

Ishihara Shintaro, Gouverneur der Präfektur Tokyo und bekannt als nationalistischer Politiker, verkündete im April 2012, dass er erfolgreich Verhandlungen zum Kauf von drei der insgesamt fünf umstrittenen Inseln mit den japanischen Privatbe-

¹ „Diaoyu“ ist die chinesische, „Senkaku“ die japanische Bezeichnung der Inselgruppe, auf die neben China und Japan auch Taiwan Ansprüche erhebt. Wir konzentrieren uns in diesem Focus jedoch auf die Streitigkeit zwischen China und Japan.

sitzern eingeleitet habe. Der Kauf von Uosturi (Diaoyudao), Kita-Kojima (Bei Xiaodao) und Minami-Kojima (Nan Xiaodao) solle laut Ishihara der chinesischen und taiwanesischen Regierung sowie dem internationalen Publikum den rechtmäßigen japanischen Besitz verdeutlichen (McCormack 2012).

Während Taisho/Chihwei bereits im direkten Besitz der japanischen Regierung ist, befinden sich die restlichen vier Inseln laut japanischer Gerichtsbarkeit im Privatbesitz von Koga Tatsuihiro, einem Unternehmer aus Fukuoka, der sie nach dem Ersten Sino-Japanischen Krieg 1895 von der damaligen Meiji-Regierung als Konzession erhielt. Koga verkaufte die Inseln jedoch an die Familie Kurihara weiter, die dort bis zum Jahr 1940 ein Unternehmen betrieb, das zunächst Albatrossfedern und Schildkrötenpanzer, später auch Bonito (eine Fischart) verarbeitete. Seit dem Jahr 1940 finden keine Aktivitäten mehr auf den Inseln statt; die Kuriharas beziehen dennoch eine jährliche „Miete“ von 25 Mio. JPY für Uosturi, Kita Kojima und Minami Kojima und eine unbekannte Summe für Kuba (Huangwei) von der japanischen Regierung (McCormack 2012). Laut Wani steckt die Familie Kurihara jedoch in finanziellen Schwierigkeiten, weshalb sie bereit sein soll, die Inseln zu verkaufen (Wani 2012).

Premierminister Noda kündigte an, die umstrittenen Inseln zu kaufen, um zu verhindern, dass sie in den Zuständigkeitsbereich des rechtspopulistischen Ishihara fallen und sich dadurch die schon angeschlagenen Beziehungen zu China weiter verschlechtern könnten. Noda und Ishihara lieferten sich dabei eine heiße Diskussion, die Noda schließlich für sich entschied, und die Inseln Uotsurishima, Kita-Kojima und Minami-Kojima für zwei Mrd. JPY erwarb (*Asahi Shimbun* 2012).

Neben außenpolitischen Zwängen stand Noda ebenso unter innenpolitischem Druck, da in Japan am 16. Dezember 2012 Unterhauswahlen stattfinden. Noda wurde bereits mehrfach von der oppositionellen liberaldemokratischen Partei LDP und der Neuen Kōmeitō-Partei dazu gedrängt, das Unterhaus aufzulösen, um die Wahlen vorzuverlegen; ein Versprechen, das er im Rahmen des Dreierabkommens mit diesen Parteien im August 2012 gab (Köllner und Pohl 2012).

Nodas demokratischer Partei DPJ wurde von der Opposition und der Öffentlichkeit schon oft vorgeworfen, keine durchsetzungsfähige Stellung oder dezidiert Entscheidungen in Sachen Sicherheits- und Außenpolitik treffen zu können. Dies bestätigte sich besonders im September 2010, als die

sino-japanischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreichten. Angesichts schwacher Zustimmungswerte in der Bevölkerung sah sich Premier Noda diesmal gezwungen, einzugreifen und das außenpolitische Ruder in die Hand zu nehmen, um vor China, der LDP und der japanischen Wählerschaft nicht schwach dazustehen.

Die drastische Verschlechterung der sino-japanischen politischen Beziehungen hat im Vergleich zu früheren Auseinandersetzungen auch gravierende wirtschaftliche Folgen für beide Länder, besonders für das wirtschaftlich angeschlagene Japan. Zahlreiche chinesische Touristen sagten ihre Reisen nach Japan zum chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober ab und buchten teilweise auf Südkorea um. Die antijapanischen Proteste in chinesischen Großstädten zwangen außerdem Unternehmen wie Toshiba, Canon, Toyota, Nissan und Mazda dazu, ihre chinesischen Niederlassungen kurzzeitig stillzulegen, was neben den Kosten für die materiellen Schäden durch Vandalismus zusätzlich enorme Einschnitte in der Produktion zur Folge hatte. Auch China wird mit wirtschaftlichen Einbußen rechnen müssen, da japanische Konzerne sich nun vermehrt nach anderweitigen asiatischen Produktionsstätten umsehen (*Nikkei Weekly* 2012).

Hintergründe des Diaoyu/Senkaku-Inselstreits

Um zu verstehen, weshalb besonders China den jüngsten Konflikt mit einer solchen Intensität nach vorne treibt, hilft es einen Blick auf größere und weiter zurückliegende Zusammenhänge zu werfen. Diese machen deutlich, dass geschichtliche Konflikte und Ressentiments, wachsender Nationalismus, wirtschaftliche Interessen sowie regionale Machtkämpfe die eigentliche Substanz des Inselstreits darstellen.

Historisch belastetes Verhältnis

Die Beziehungen zwischen China und Japan in den letzten 100 Jahren sind von Konflikten geprägt, in denen China oftmals das Nachsehen hatte. Nach der verheerenden Niederlage im Ersten Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/1895 musste man Taiwan an Japan abtreten. Später übernahm Japan ab dem Jahr 1905 schrittweise die Mandschurei und erhielt durch den Vertrag von Versailles

nach dem Ersten Weltkrieg auch Teile der ehemals deutschen Kolonien in China. Im Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieg ab 1937 musste sich China, geschwächt durch die internen Auseinandersetzungen zwischen Nationalisten und Kommunisten, erneut geschlagen geben. Japan hatte somit großen Anteil an dem von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts andauernden chinesischen „Jahrhunderts der Erniedrigung“. Auch für dessen traurigen Höhepunkt war Japan (mit-)verantwortlich, als japanische Soldaten im Dezember 1937 in Nanjing ein Massaker verübten, bei dem mehr als 200.000 Menschen getötet wurden (International Military Tribunal for the Far East 1946: 1015). Insgesamt starben im Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieg 17-20 Millionen chinesische Zivilisten, viele nach medizinischen Experimenten und Vergewaltigung.

Nach der japanischen Kapitulation im Jahr 1945 dauerte es bis zum Jahr 1972, ehe die 1949 neugegründete Volksrepublik China und Japan wieder offizielle Beziehungen aufnahmen. Bei diesem Anlass entschuldigte sich der damalige japanische Premierminister Kakuei Tanaka für den Angriff auf China. Die Entschuldigung wurde im Jahr 1995 in der sogenannten Murayama-Erklärung von Premierminister Murayama Tomiichi bestätigt, der sich für das Leid, das die japanische Besatzung in viele Länder Asiens gebracht hat, entschuldigte. Diese Erklärung gilt als die offizielle Haltung der japanischen Regierung zur Kriegsvergangenheit.²

Trotz der – vor allem wirtschaftlichen – Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten ab den 1970er Jahren und der offiziellen Entschuldigung Tanakas, kam es ab den 1980er Jahren immer wieder zu diplomatischen Zwischenfällen. Stein des Anstoßes waren zunächst japanische Schulbücher, die nach chinesischer Auffassung die Kriegsverbrechen unzureichend thematisierten. Im Jahr 1985 stattete Yasuhiro Nakasone dann als erster japanischer Premierminister am Jahrestag der japanischen Kapitulation dem Yasukuni-Schrein einen offiziellen Besuch ab, was in der Folge immer wieder diplomatische Spannungen auslöste. Bis dahin hatten japanische Premierminister ihre Besuche entweder als privat deklariert oder einen Tag mit weniger historischem Ballast gewählt. In dem Schrein werden Angehörige des japanischen

Militärs geehrt, seit dem Jahr 1978 auch japanische Kriegsverbrecher wie Akira Muto, einer der führenden Generäle beim Nanjing-Massaker.

China versteht den offiziellen Besuch eines aktuellen Regierungschefs daher als Verharmlosung oder sogar als Ehrung der japanischen Kriegsverbrechen. Jeder Besuch des Yasukuni-Schreins ist somit ein weiterer Nadelstich im ohnehin schon historisch belasteten Verhältnis zwischen China und Japan. Erst im Oktober 2012 hat Shinzo Abe, Oppositionsführer mit guten Chancen, bald Premierminister zu werden, den Schrein besucht und mit dieser Provokation Öl ins Feuer gegossen.

Angestachelter Nationalstolz

Angesichts der schwierigen gemeinsamen Vergangenheit bringen die wiederkehrenden japanischen Provokationen in der chinesischen Öffentlichkeit immer wieder antijapanische Ressentiments zum Vorschein. Dementsprechend emotional fiel die Reaktion vieler Chinesen auf den Kauf einiger Inseln der Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe durch die japanische Regierung aus. Es kam zu antijapanischen Protesten in vielen Teilen des Landes, bei denen japanische Flaggen verbrannt, japanische Geschäfte verwüstet und die japanische Botschaft mit Flaschen beworfen wurde. In Xi'an, in Nordwest-China, kam es zu einem Übergriff gegen einen Mann, der ein japanisches Auto fuhr. Er wurde von einem Mob aus seinem Auto gezerrt und krankenhausreif geschlagen.

Diese Ereignisse unterstreichen die tief in der chinesischen Gesellschaft verankerte Wut auf Japan. Allerdings stellt die Welle der Proteste, ihre Brutalität und vor allem auch die offene Kriegsrhetorik, unter anderem in den chinesischen Medien, ein deutliches Dilemma für die chinesische Führung dar. Es kann nicht im Interesse der chinesischen Führung sein, dass die Proteste außer Kontrolle geraten und die Stabilität des Landes gefährden.

Andererseits kommen die Proteste der chinesischen Regierung auch gelegen; sie kann so in Form von Produktboykotten wirtschaftlichen und damit auch politischen Druck auf die japanische Regierung ausüben, ohne das Letztere dies als offizielle Politik Beijings verurteilen kann. Außerdem verdrängen die nationalistisch motivierten Proteste den Ruf nach demokratischem Wandel und projizieren soziale Einheit nach außen (Tang und

² Zwar verzichtete die chinesische Regierung auf Reparationszahlungen, Japan gewährte im Gegenzug jedoch großzügige Entwicklungshilfekredite, von denen u.a. der internationale Flughafen Shanghai Pudong finanziert wurde (MOFA 2012).

Darr 2012). Die chinesische Führung fürchtet seit dem Tiananmen-Aufstand des Jahres 1989, als die Kommunistische Partei kurz vor dem Ende stand, nichts mehr als ihr eigenes Volk (Shirk 2007).

Ganz besonders im Angesicht des im November 2012 erfolgten Führungswechsels an der Spitze der Kommunistischen Partei gilt es Stärke zu zeigen. Eine Mehrheit der Chinesen wünscht sich den Einsatz des Militärs gegen Japan und kein angehender Spitzenfunktionär kann es sich erlauben, in territorialen Streitfragen Schwäche zu zeigen. So demonstriert die chinesische Führung zumindest rhetorisch Stärke und erklärt die Inseln zum „heiligen Territorium“ (Reuters 2012: 1). Premierminister Wen Jiabao äußerte außerdem, China werde keinen Zentimeter von seinen Gebietsansprüchen abrücken und der Stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission, Xu Caihou, forderte die Armee öffentlich auf, sich für jegliche Art von militärischer Auseinandersetzung bereitzuhalten (Ford 2012).

Wirtschaftliche Interessen

Ein entscheidender Faktor im Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln sind wirtschaftliche Interessen. Bereits in den späten 1960er Jahren vermuteten Studien im Umfeld der Inselgruppe Gas- und Ölreserven. Aktuelle Schätzungen der US-Energiebehörde EIA gehen im Ostchinesischen Meer von Erdölvorkommen um die 16 Billionen Liter aus, was etwa einem Zehntel der weltweit vermuteten Reserven entspricht. Noch vielversprechender sind die Gasvorkommen, die wohl noch einmal das Doppelte der Ölreserven umfassen sollen (EIA 2012).

Diese Energieressourcen in unmittelbarer geografischer Nähe sind für China von zentraler Bedeutung. Mit seinem wirtschaftlichen Aufschwung ist nämlich auch ein enormer Anstieg der Energienachfrage verbunden. Schon jetzt hat China den nach den USA zweitgrößten Energieverbrauch der Welt. Um diese Nachfrage zu bedienen und das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden, besitzt die Aufrechterhaltung der Energiesicherheit Chinas eine hohe politische Priorität und ist auch deutlich im 12. Fünfjahresplan der Chinesischen Regierung verankert (Baumgartner und Godehardt 2012). Die Steigerung des Anteils von Erdgas im Energiemix Chinas spielt dabei eine herausragende Rolle, da Erdgas im Gegensatz zu Kohle und

Erdöl als „saubere“ Ressource gilt. Auch Japan ist nach der Entscheidung, langfristig aus der Kernenergie auszusteigen, stärker auf fossile Brennstoffe angewiesen. So ist es nicht verwunderlich, dass der Konflikt um die Diaoyu/Senkaku-Inseln gerade jetzt so aggressiv zutage tritt, wo die technologische Entwicklung die Förderung von Öl und Gas in diesen Gebieten praktikabel macht (Klare 2012).

Jenseits von Öl- und Gasvorkommen sind die Diaoyu/Senkaku-Inseln auch aufgrund reicher Fischvorkommen interessant. Das Ostchinesische Meer gehört zu den wichtigsten Fischfangregionen der Welt und der Staat, dem die Diaoyu/Senkaku-Inseln zugesprochen werden, hat die exklusiven Fangrechte in ihrer Umgebung.

Regionale Stabilität und Sicherheit

Neben wirtschaftlichen Erwägungen spielen Machtfragen eine übergeordnete Rolle bei der Krise im Ostchinesischen Meer. Japan und China konkurrieren hierbei um die Vormachtstellung in der Region. In den letzten Jahren begegnet dabei ein wirtschaftlich stagnierendes Japan dem boomenden China, das aus seinem wirtschaftlichen Aufstieg zunehmend politisches Machtbewusstsein zieht und eine aggressivere außenpolitische Linie verfolgt. Der Diaoyu/Senkaku-Inselgruppe kommt mit seiner Lage auf halber Strecke zwischen den beiden rivalisierenden Staaten entscheidende geostrategische Bedeutung zu. Von hier aus lassen sich große Teile der Schifffahrtswege kontrollieren, auf denen knapp 90 Prozent der Öl- und Gaslieferungen nach China und Japan verschifft werden (Pilling 2012). Wer also die Inselgruppe kontrolliert, hat die Möglichkeiten, den jeweils anderen Staat von seinen Rohstofflieferungen abzuschneiden. In Chinas sicherheitspolitischer Doktrin spielt die Inselgruppe außerdem eine zentrale Rolle im Konzept der „Ersten Inselkette“ vor dem chinesischen Festland, die eine Art maritimes Frühwarnsystem bilden soll. Japan könnte mit der Souveränität über die Diaoyu/Senkaku-Inseln nicht nur die „Erste Inselkette“ sprengen, sondern darüber hinaus Chinas Zugang zum Pazifik blockieren.

Jenseits der Rivalität um regionale Vorherrschaft birgt der Inselstreit zwischen den beiden regionalen Schwergewichten das Potenzial, die sicherheitspolitische Stabilität Ostasiens aus dem Gleichgewicht zu bringen. Japan ist ein enger Ver-

bündeter der USA, die sich seit dem Jahr 2011 stärker in der Region engagieren. Mit der Neuausrichtung ihrer Militärstrategie geht unter anderem eine Verlagerung des regionalen Fokus auf den Pazifikraum einher. Im Rahmen dieses „Pivot to the Pacific“ sollen in den nächsten Jahren 60 Prozent der US-Flotte in den Pazifik verlegt werden. Aktuell sind amerikanische Militärschiffe gleichmäßig auf Atlantik und Pazifik verteilt. Die Zahl der Flugzeugträger im pazifischen Raum soll in den kommenden Jahren von zwei auf sechs steigen.

Japan ist seit dem Jahr 1960 durch den „Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit“ mit den USA in einer Sicherheitsallianz verbunden und beherbergt 35.000 US-Soldaten. Ein Großteil davon ist immer noch auf Okinawa stationiert, unweit der Diaoyu/Senkaku-Inseln. Beim jüngsten Besuch von US-Verteidigungsminister Leon Panetta Mitte September 2012 in Japan, mit anderen Worten zu Beginn des aufflammenden Inselstreits, einigten sich beide Seiten auf die Erweiterung des gemeinsamen Raketenabwehrsystems, was Beijing zusätzlich beunruhigt.

Offiziell nimmt die US-Regierung zur Frage der territorialen Zugehörigkeit der umstrittenen Inseln eine neutrale Position ein. Gleichzeitig behandeln die USA die Diaoyu/Senkaku-Inseln allerdings wie japanisches Gebiet und sprechen sich für die japanische Verwaltung der Inseln aus. Zur sicherheitspolitisch entscheidenden Frage, ob die Inseln Teil des amerikanisch-japanischen Bündnisgebietes sind, kommen aus den USA widersprüchliche Äußerungen. Im Ratifikationsprozess des Okinawa-Abkommens aus dem Jahr 1972 machte der US-Senat klar, dass umstrittene Inseln nicht Teil der Einigung seien (U.S. Senat 1971: 11). In der jüngeren Vergangenheit mehrten sich allerdings die Anzeichen, dass die USA ihre Meinung geändert haben und die Diaoyu/Senkaku-Inseln doch zum Bündnisgebiet zählen (Knittel 2012). Erst im November 2010 versicherte US-Außenministerin Hillary Clinton ihrem japanischen Amtskollegen Seiji Maehara, dass die USA die Diaoyu/Senkaku-Inseln als japanisches Territorium gemäß des gemeinsamen Sicherheitsvertrags sehen (Klinger 2011). Dieser verpflichtet die USA, bei einem Angriff auf japanisches Gebiet so zu handeln, als wäre es ein Angriff auf amerikanisches Territorium. So ist davon auszugehen, dass die USA im Falle eines militärischen Angriffs von China gegen Japan auf der Seite seines engsten Verbündeten in Ostasien stehen würden.

Ausblick

Vor 34 Jahren, bei der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen China und Japan, betonte Deng Xiaoping mit einer gewissen Voraussicht, dass man die Lösung der Diaoyu/Senkaku-Frage der nächsten Generation in der Hoffnung überlassen sollte, dass sie eine Lösung finden würde. Mit Blick auf die aktuellen Ereignisse und die immer noch äußerst angespannte Lage zwischen beiden Seiten ist Deng Xiaoping wohl zu widersprechen. Im Grunde haben sich die Positionen der chinesischen wie japanischen Führung in dieser Frage über die Jahrzehnte kaum verändert. Was sich im Gegensatz zu 1978 allerdings verändert hat, ist die Rolle Chinas in Asien und in der Welt. Mit der Anerkennung dieser neuen Rolle Chinas in Form des „Pivot to the Pacific“ haben die USA die aktuelle Krise möglicherweise noch verschärft. Japan fühlt sich durch das wachsende amerikanische Engagement im Pazifik ermutigt, China entschlossen entgegenzutreten, während China sich davon unter Druck gesetzt fühlt. Dies birgt die Gefahr, in China Verteidigungsreflexe auszulösen und nationalistische Strömungen zu stärken. Das Risiko aggressiver Handlungen Beijings wird dadurch größer.

Durch die japanische Sicherheitsallianz mit den USA sind zum einen die drei größten Volkswirtschaften der Welt direkt oder indirekt am Konflikt beteiligt. Zum anderen stehen sich die viel beschworenen Supermächte des 21. Jahrhunderts, China und die USA, so nah gegenüber wie nie. Vordergründig geht es zwar nur um „Felsbrocken“, tatsächlich kann der Inselstreit zwischen China und Japan aber regionale wie internationale Auswirkungen haben. Aus diesem Grund sollte die Frage, ob China und Japan „wegen dieser paar Felsbrocken“ im Pazifik Krieg führen würden (*Economist* 2012), auch in Europa wesentlich stärker diskutiert werden. Es ist nicht genug, wenn die Hohe Vertreterin der EU-Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton ein nur fünf Zeilen umfassendes Statement zur momentanen Lage im Ostchinesischen Meer abgibt. Schließlich unterscheidet die Tatsache, dass die EU keine offensichtlichen sicherheitspolitischen Interessen in der Region hat, sowie kein vorbelastetes Verhältnis zu den einzelnen Parteien besitzt, ihre Position grundsätzlich von der der USA. Da China bereits klargemacht hat, eine US-Vermittlung im Konflikt mit Japan nicht zu akzeptieren, bietet sich ein stärkeres Engagement der EU an. Die Verhandlungsbereitschaft Chinas und

Japans vorausgesetzt, kann die EU kurzfristig als ein neutraler Gesprächspartner für die beteiligten Parteien, langfristig möglicherweise als Mediator fungieren. Für die Lösung der vielen Territorialfragen in Ost- und Südostasien könnte die Einbindung der EU sowohl für die beteiligten Staaten, als auch für die USA, ein entscheidender, friedensstiftender Faktor sein.

Literatur

- Asahi Shimbun* (2012), Insight: Main Battle Over Senkaku Isles Wages between Ishihara, Noda, 3. September, online: <http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201209030089> (25. Oktober 2012).
- Baumgartner, Daniel, und Nadine Godehardt (2012), *Chinas Energiepolitik und die Strategien der Nationalen Ölkonzerne*, GIGA Focus Asien, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Economist* (2012), Could Asia Really Go to War Over These?, 22. September, online: <www.economist.com/node/21563316> (29. Oktober 2012).
- EIA (2012), *Annual Energy Outlook 2012 with Projections to 2035*, June, online: <www.eia.gov/forecasts/aeo/pdf/0383%282012%29.pdf> (29. Oktober 2012).
- Ford, Peter (2012), China and Japan Face Off: Tiny Islands, Big Dispute, in: *Christian Science Monitor*, 2. Oktober, online: <<http://www.csmonitor.com/World/Asia-Pacific/2012/1002/China-and-Japan-face-off-Tiny-islands-big-dispute-video>> (29. Oktober 2012).
- International Military Tribunal for the Far East (1946), *Judgement*, Chapter VIII: Conventional War Crimes (Atrocities).
- Klare, Michael (2012), Island Grabbing in Asia. Why the South China Seas are So Tense, in: *Foreign Affairs*, 4. September, online: <www.foreignaffairs.com/articles/138093/michael-t-klare/island-grabbing-in-asia> (29. Oktober 2012).
- Klinger, Bruce (2011), *Top 10 Reasons Why the U.S. Marines on Okinawa Are Essential to Peace and Security in the Pacific*, Asia and Pacific Backgrounder, 14. Juni, Washington, DC: Heritage Foundation.
- Knittel, Siegfried (2012), *Japans Furcht vor China*, 18. Oktober, Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), online: <www.boell.de/weltweit/asien/asien-japans-furcht-vor-china-15725.html#10> (29. Oktober 2012).
- Köllner, Patrick, und Anna Yumi Pohl (2012), Vor dem Rechtsruck in Japan: Die Unterhauswahl wirft ihren Schatten voraus, GIGA Focus Asien, 10, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.
- Lee, Seokwoo (2002), Territorial Disputes among Japan, China and Taiwan Concerning the Senkaku Islands, in: International Boundaries Research Unit (Hrsg.), *Boundary and Territory Briefing*, 3, 7.
- McCormack, Gavan (2012), Troubled Seas: Japan's Pacific and East China Sea Domains (and Claims), in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 10, 36, 4, online: <www.japanfocus.org/-Gavan-McCormack/3821> (25. Oktober 2012).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs of Japan) (2012), *Overview of Official Development Assistance (ODA) to China*, online: <www.mofa.go.jp/policy/oda/region/e_asia/china/index.html> (29. Oktober 2012).
- Nikkei Weekly* (2012), Japan Inc. Fear Senkaku Fallout, in: News Focus, 24. September, online: <<http://e.nikkei.com/e/ac/20120924/tnw/Nni20120924FE-0BUSIN.htm>> (25. Oktober 2012).
- Okuhara, Toshio (1971), The Territorial Sovereignty over the Senkaku Islands and Problems on the Surrounding Continental Shelf, in: *Japanese Annual of International Law*, 15.
- Pilling, David (2012), Asia-Pacific: Desert Island Risks, in: *Financial Times*, Analysis, 1. Oktober, online: <www.ft.com/cms/s/0/e0bc4358-0ba5-11e2-b8d8-00144feabdc0.html#axzz2Ap76W84a> (29. Oktober 2012).
- Reuters* (2012), Update 5 – Noda Vows No Compromise as Japan, China Dig in on Islands Row, 26. September, online: <www.reuters.com/article/2012/09/26/china-japan-idUSL4E8KQ55Y20120926> (29. Oktober 2012).
- Shirk, Susan L. (2007), *Fragile Superpower: How China's Internal Politics Could Derail Its Peaceful Rise*, New York: Oxford University Press.
- Tang, Wenfang, und Benjamin Darr (2012), Chinese Nationalism and Its Political and Social Origins, in: *Journal of Contemporary China*, 21, 77.
- U.S. Senat (1971), Hearings before the Committee on Foreign Relations, 92d Congress, 1st Session, on Ex. J.92-1, in: *The Agreement Between the USA and Japan Concerning the Ryukyu Islands and the Daito Islands*, 27., 28. und 29. Oktober 1971.
- Wani, Yukio (2012), Barren Senkaku Nationalism and China-Japan Conflict, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 10, 28, 4, online: <www.japanfocus.org/-Wani-Yukio/3792> (25. Oktober 2012).

■ Die Autoren

Oliver Müser ist studentischer Mitarbeiter der Schumpeter-Forschungsgruppe zu „Contested Leadership in International Relations“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <oliver.mueser@giga-hamburg.de>

Anna Yumi Pohl hat nach ihrem Studium der Japanologie in Wien und ihrem Masterstudium der Internationalen Beziehungen Ostasiens an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London im Oktober und November 2012 ein Forschungspraktikum am GIGA Institut für Asien-Studien absolviert.

E-Mail: <yumi.pohl@gmail.com>

Dr. des. Nadine Godehardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: <nadine.godehardt@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/godehardt>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ beschäftigt sich mit der Frage, wie der Charakter der internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene Aspekte des Globalisierungsprozesses beeinflusst worden ist. Dabei befasst sich das Forschungsteam 1 „Außenpolitische Strategien im multipolaren System“ vor allem mit den außenpolitischen Strategien der aufstrebenden Mächte sowie mit der globalen und regionalen Reaktion darauf.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Ebert, Hannes, Daniel Flandes, und Georg Strüver (2012), *The Politics of Contestation in Asia*, GIGA Working Papers, 206, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

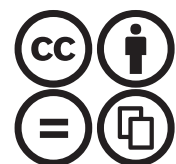
Godehardt, Nadine (2011), *Chinas Ankunft in der Welt – Chinesische Außenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, GIGA Focus Asien, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Nabers, Dirk (2008), *China, Japan and the Quest for Leadership in East Asia*, GIGA Working Papers, 67, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Nymalm, Nicola (2011), *Die USA und der Aufstieg Chinas: Eine Wiederkehr des „Japan-Problems“?*, GIGA Focus Asien, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM